

Argumente für das Rüstungsreferendum

Autor(en): **Braunschweig, Hansjörg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **75 (1981)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142960>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

ist. So fühlen wir uns denn auch heute in der Schweiz nicht in erster Linie durch äußere Feinde bedroht, sondern durch die Tatsache, daß wir Kinder in eine Welt gebären, die wie die Titanic auf Kollisionskurs geht. Oder auch davon, daß es Leute gibt, die ehrlich davon überzeugt sind, Wesentliches für unsere Sicherheit zu leisten, indem sie für uns und unsere Kinder Luftschutzkeller bauen oder für teures Geld Ueberlebensnahrung für drei Tage bereitstellen. Es ist wohl kein Zufall, wenn sich immer mehr Frauen an der Rüstungsfrage politisieren.

Eigentlich müßte der Kampf gegen Wettrüsten und militärisches Denken und Handeln ja auch vom Evangelium her klar sein — sofern wir jedenfalls der Meinung sind, daß das Evangelium politische Konsequenzen haben muß.

Es ist mir jedenfalls weder als Frau noch als Christin schwer gefallen, zu einem Appell ja zu sagen, der das Signal zum Ausbruch aus dem Irrenhaus gibt. Als Irre werden Menschen bezeichnet, die ein gespaltenes Verhältnis zur Realität haben sollen. Das würde zumindest auf uns zutreffen, solange wir es hinnehmen, daß man uns Atomwaffen für Sicherheit verkauft (eine Sicherheit, die pro Minute eine Million Dollar kosten soll) und Pazifisten für eine nationale Gefahr hält.

Ausbruch aus dem Irrenhaus, das heißt für uns auch: Wieder lernen, als ganzheitliche und verantwortliche Menschen zu denken, unsere Bedürfnisse und Ängste ernst zu nehmen, der Nekrophilie den Kampf anzusagen und nach Alternativen zu suchen.

Dazu möchten wir mit diesem Appell aufrufen.

Rosmarie Kurz

HANSJÖRG BRAUNSCHWEIG

Argumente für das Rüstungsreferendum

«Wir erinnern vorab an das Rüstungsprogramm. Hier hat die Einführung des Finanzreferendums ihren guten Sinn, wird damit doch die letzte Verantwortung für Vorlagen, welche den Finanzbedarf des Staates nachhaltig beeinflussen, dem Volk übertragen.» So schrieb der rein bürgerliche Bundesrat im Jahre 1954. Seit dem Zweiten Weltkrieg standen die ständige Zunahme der Militärausgaben und die fehlende Mitbestimmung des Volkes immer wieder zur Diskussion. Es sind vor allem drei Argumente, die für ein Rüstungsreferendum sprechen: ein demokratisches, ein finanzpolitisches und ein militärpolitisches Argument. Die Reihenfolge ist nicht zufällig, sondern Ausdruck der Wichtigkeit.

1. Demokratie — auch bei den Militärausgaben

Demokratie ist in Entwicklung. Das zeigen Stichworte wie: Mitsprache des Volkes bei AKWs und im Straßenbau; Werktagsdemokratie am Arbeitsplatz durch Mitbestimmung und Selbstverwaltung; verbesserte Rechtsstellung für Mieter, Konsumenten, Patienten, Ausländer und vielleicht sogar für Soldaten; Stärkung des Föderalismus, der Gemeindeautonomie und der Stadtquartiere; M-Frühling bei der Migros, ähnliche Tendenzen auch beim TCS (Touring-Club der Schweiz) bei der SRG (Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft) und beim Naturschutzbund; Autonomie in Jugendhäusern; Mitbestimmung an Schulen und Universitäten; zurück zu kleinen Einheiten, zur Dezentralisierung; «Netzwerk für Selbstverwaltung».

Unser politisches Bewußtsein hat sich geändert und ändert sich fortwährend. Wir begnügen uns nicht mehr mit Sonntagsdemokratie, mit Landsgemeinde und Urnengang. Wir fordern Transparenz, das heißt Durchschaubarkeit, in allen Bereichen und auf allen Ebenen, vor allem dort, wo wir selber betroffen sind. Wenn wir diese Forderungen nicht immer energischer und umfassender erheben, gehen unsere Freiheit und unsere Eigenständigkeit vollends vor die Hunde. Mit dem leidenschaftlichen Kampf für die Demokratie in jeder Beziehung müssen wir den technologischen Entwicklungen trotzen.

In diesen größeren Zusammenhang gehört das Rüstungsreferendum. Es ermöglicht Demokratie auch in der Armee, im EMD (Eidgenössisches Militärdepartement) und gerade bei den Militärausgaben! Vor Jahren gab's ein Buch von Max Schmid: «Demokratie von Fall zu Fall». Das war und ist Gegenwart. Für die Zukunft wollen wir: Demokratie für alle Fälle!

Ein erster Einwand

Wenn wir das Referendum für Militärausgaben fordern, antworten die Bürgerlichen mit der Forderung nach einem allgemeinen Finanzreferendum, das sich gegen Sozialausgaben, gegen die Löhne des Bundespersonals, gegen Ausgaben für Kultur und internationale Entwicklungszusammenarbeit richten könnte.

Der Einwand ist nur teilweise richtig, denn schon heute sind in der Regel Sozial- und Lohnausgaben gesetzlich geregelt, und eine Erhöhung kommt nur durch eine Gesetzesänderung zustande, die dem freiwilligen Referendum unterworfen ist. Deswegen hatten wir beispielsweise die Volksabstimmung über die 9. AHV-Revision. (Und diese Volksabstimmung wurde zu einem beachtlichen Sieg über das reaktionäre Bürgertum!) Im wesentlichen sind es bisher nur die Militärausgaben, die nicht der Volksabstimmung unterstellt werden können.

Aber es kann richtig sein, daß wir indirekt unter Umständen Ausgaben gefährden, zu denen wir stehen und die wir für sehr wichtig ansehen. Dieses Risiko müssen wir eingehen. Darin liegt der Preis der Demokratie. Immerhin ist es erträglicher, einmal eine Niederlage zu erleiden, als nicht gelöste Probleme zu verdrängen, so wie wir es in der Vergangenheit mit dem Jura, der Entwicklungszusammenarbeit oder den Ausländern getan haben und mit dem UNO-Beitritt noch immer tun.

Zum Initiativtext

Die von der Sozialdemokratischen Partei lancierte Initiative möchte Artikel 89, Absatz 2 der Bundesverfassung um die folgende — kursiv gedruckte — Bestimmung erweitern: «Bundesgesetze, allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse *und einfache Bundesbeschlüsse, die Verpflichtungskredite über die Beschaffung von Kriegsmaterial, über militärische Bauten, über Landerwerbe oder über Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogramme des Eidgenössischen Militärdepartementes beinhalten* sind dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen, wenn es von 50 000 stimmberechtigten Schweizer Bürgern oder von acht Kantonen verlangt wird».

Es geht also um ein fakultatives Referendum, das nur mit einer Unterschriftensammlung zustande kommt, und nicht um eine obligatorische Volksabstimmung wie bei einer Verfassungsänderung. Es geht auch nicht um Einzelausgaben des Militärdepartementes, sondern um wesentliche, grundsätzliche und oft neue Ausgaben, also zum Beispiel: Anschaffungen in Milliardenhöhe, neue Waffensysteme, neue Waffenplätze wie Rothenthurm, eine neue ABC-Waffen-Forschung oder ein neues Versuchsprogramm wie das PISA (Personal-Informationen-System der Armee, sozusagen der Zwillingbruder des KIS, des Kriminalpolizeilichen Informationssystems).

2. Sparen auch beim EMD

Sparen ist Trumpf, bürgerlicher Trumpf: Sparen bei den Bildungs- und Sozialausgaben (Stipendien, Krankenkasse, AHV etc.) und überhaupt bei allen Ausgaben (10 Prozent Kürzung). Weitere und massive Sparmaßnahmen kommen drohend auf uns zu!

Zugegeben: Auch beim EMD wurde gespart, und außerdem hat der Anteil der Militärausgaben an den Gesamtausgaben oder auch am Bruttosozialprodukt prozentual abgenommen, aber in absoluten Zahlen haben die Militärausgaben Jahr für Jahr beträchtlich zugenommen und wesentlich den finanziellen Engpaß verschuldet, in dem wir uns heute befinden. Wie die Militärausgaben des Bundes in den letzten Jahren gestiegen sind, zeigen die folgenden Zahlen:

1960	969 Millionen Franken
1970	2,014 Milliarden Franken
1975	2,813 Milliarden Franken
1979	3,414 Milliarden Franken
1980	3,533 Milliarden Franken
1981	3,682 Milliarden Franken gemäß Voranschlag
1982	3,995 Milliarden Franken gemäß Voranschlag.

In Tat und Wahrheit bewegen sich die Militärausgaben pro Jahr zu Lasten der Volkswirtschaft um 6,5 Milliarden Schweizerfranken; denn es müssen auch noch zahlreiche indirekte Ausgaben sowie die Belastungen der Kantone, der Gemeinden, öffentlich-rechtlicher Körperschaften, der Privatwirtschaft und Einzelner hinzugerechnet werden.

Von seiten der Armee, der Privatwirtschaft und folglich auch der Freisinnigen und der SVP (Schweizerische Volkspartei) wird ein enormer Druck auf Bundesrat, Parlament, Medien und Öffentlichkeit ausgeübt, um die Kurve der Militärausgaben nicht nur regelmäßig wie bisher, sondern steil ansteigen zu lassen (und gleichzeitig die Sparmaßnahmen im zivilen Bereich zu verschärfen, getreu der bürgerlichen Parole: Mehr Staat — weniger Gerechtigkeit!). In die andere Richtung weist freilich eine Meinungsumfrage des Bundesrates. Danach wollen 86 Prozent der Bevölkerung in erster Linie bei der Armee sparen.

3. Gegen Tabuisierung, Sachzwänge und Eigengesetzlichkeit der Armee

Versteht sich die Armee als Tabu, das heißt als Institution von «Menschen und Dingen, die mit heiligen Kräften erfüllt sind und die daher ein vorsichtiges Verhalten fordern»? Ich würde diese Frage ohne weiteres bejahen, denn nur durch diesen Tabu-Charakter ist das gebrochene Verhältnis von Armee und EMD zu Kritik, Demokratie, Dialog, Opposition und so weiter erklärbar. Weil die Armee ein Tabu ist, darf es neben ihr keinen Zivildienst, kein Friedensforschungsinstitut und keine Alternativen geben. Und deswegen braucht die Armee die eigene Justiz, den eigenen Ehrenkodex und verliert sie nach bürgerlicher Ideologie ihre Berechtigung auch in einer Phase der Abrüstung nicht. Äußerliche-Tabu-Zeichen sind Fahnen- und Uniform-Kult, Militärmusik, Kriegseid und religiöse Verbrämung (Feldgottesdienst statt Bergpredigt).

Vom Rüstungsreferendum erhoffe ich mir eine Ent-Tabuisierung, das heißt die Möglichkeit, über Fragen der militärischen Landesverteidigung nicht nur mit Emotionen und Leidenschaft, sondern auch sachlich und vernünftig zu diskutieren, Alternativen zu entwickeln und

abzuwägen. Dabei denke ich an die Fragen, die von Monat zu Monat brennender erscheinen, aber wie heiße Kartoffeln vom Tisch gestoßen werden:

— Die Frage nach dem finanziellen Engpaß, der enger und enger wird. (Das gilt für die Schweiz und noch viel zugespitzter weltweit!)

— Die Frage nach dem Schutz der Zivilbevölkerung, der durch die Armee und durch die Entwicklung der Waffen immer weniger möglich ist.

— Die Frage nach der Umweltbelastung, die am Beispiel der Waffenplätze, insbesondere des Waffenplatzes Rothenthurm, immer unerträglicher wird.

— Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Kleinstaat und Kriegsmaterial-Technologie, das immer mißlicher wird (auch unsere Bevölkerung empfindet diese Entwicklung immer weniger als Schutz und Fortschritt und immer mehr als Bedrohung und Gefahrenherd!).

— Die Frage nach der Abhängigkeit von der Privatwirtschaft (militärisch-industrieller Komplex).

— Die Frage nach der Energie-Abhängigkeit (unwichtig ob Oel oder Uran).

— Die Frage nach der Ausland-Abhängigkeit und insbesondere der Abhängigkeit von den Nato-Staaten durch einseitige Rüstungsbeschaffung (mit andern Worten: Die Armee «zur Wahrung der Unabhängigkeit» schafft durch die waffentechnologische Entwicklung neue Abhängigkeiten und stellt unsere Neutralitätspolitik in Frage).

— Die Frage nach den Sachzwängen und der Eigengesetzlichkeit des internationalen und des eigenen Rüstungswettlaufes, der in den letzten Monaten uns Europäern besonders bewußt geworden ist und seinen Niederschlag in zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen aller Art gegen SS-20, Nachrüstungsbeschluß der Nato und Neutronenbombe gefunden hat. Es ist das Ziel dieser Friedensbewegung, Trampelpfade aus Sachzwängen und Eigengesetzlichkeit zu finden, um einen Ausdruck von Erhard Eppler zu gebrauchen.

— Die Frage nach Alternativen: Wir müssen zugeben, daß unser Angebot heute noch bescheiden und erst in Umrissen sichtbar ist. Aber einiges ist doch deutlich spürbar: Es muß in erster Linie um Abbau von welt- und europaweiten Konflikten und um Kriegsverhütung gehen. Die Mittel liegen im außen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich. Dies ist ein möglicher Ansatz für das Umdenken und für neue Entscheidungen und ein neues Engagement.

Ueberdies sollte die Strategie der Gewaltlosigkeit gefördert werden ...

(Römische Bischofssynode 1971: De justitia in mundo, Nr. 64)
